

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote



Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung

ORA ET LABORA

Bete und Arbeit!

22. Jahrgang. No. 10

Münster, East., Donnerstag, den 16. April 1925

Fortlaufende No. 1102

Welt-Rundschau.

Das Kabinett Herriot fällt der französischen Finanznot zum Opfer.

Am vergangenen Freitag fiel in Frankreich das Kabinett Herriot nach einem verzweifelten Kampfe. Den Todesstoß erhielt es durch ein Mißtrauensvotum im Senate, das 156 zu 132 gegen ihn stand. Unmittelbar nach der Abstimmung verließ der Premier mit seinen Ministern den Senat und händigte dem Präsidenten Doumergue die Resignation des Kabinetts ein, die sogleich angenommen wurde. Der Präsident berief zuerst M. Poincaré, den Präsidenten der Kammer, um ein neues Kabinett zu bilden, der es jedoch ablehnte. Dann trat er den Posten dem ehemaligen Premier Aristide Briand an, der sich sogleich mit den Führern der verschiedenen politischen Gruppen in Beratung setzte. Seine Annahme wird hauptsächlich von der Teilnahme der Sozialisten an dem zu bildenden Kabinett abhängen. Nimmt Briand an, so wird es das achte Mal sein, daß er Premier von Frankreich ist. Er war der unmittelbare Vorgänger von Poincaré und wurde von diesem gestürzt. Auch der Sturz Herriots wurde vor allem durch die verheerenden Angriffe Poincarés herbeigeführt.

Der Grund des Sturzes Herriots liegt in der finanziellen Lage Frankreichs. Frankreich ist banterott und weder Briand noch irgend ein anderer Staatsmann wird einen Ausweg aus dieser Krise finden. Clementel, der vorletzte Finanzminister Herriots, hatte die Rettung in einer uneingeschränkten Inflation gesucht, mußte aber wegen der allgemeinen Opposition gegen diese Kur, die schlimmer als das Uebel selbst wäre, vor etwas mehr als Wochenfrist seinen Posten verlassen. Sein Nachfolger De Monzie brachte einen neuen Plan mit in sein Amt, der jedoch den Beifall Herriots nicht gewinnen konnte und der auch jedenfalls nicht zum Ziele geführt hätte. Er wollte der Finanznot durch freiwillige Darlehen zu niedrigem Zinsfuß vonseiten der einheimischen Kapitalisten abhelfen. Der Appell sollte sich bloß an solche Personen richten, die Einkommen aus Kapitalanlagen beziehen. Hand in Hand damit sollte die Inflation gehen, indem die Kaufkraft von Frankreich zur Ausgabe neuer Noten in Betrage von vier Milliarden Franc ermächtigt werden sollte. Herriot selbst bestand auf einer direkten und genügend hohen Besteuerung des Kapitals.

Aus dem Gegensatz zwischen De Monzie und Herriot bildete sich ein Kompromißplan heraus. Es sollte den französischen Kapitalisten zuerst Gelegenheit gegeben werden, aus patriotischen Beweggründen im Verhältnis zu ihrem Vermögen freiwillige Beiträge zu zeichnen. Würden sie dieser Einladung in genügender Weise folgen, so würde dieses System ohne die geringste Belästigung oder Einschränkung in private Angelegenheiten durch die Regierung durchgeführt werden. Würde sich aber der Plan nicht bewähren, so sollte die Regierung ermächtigt sein, die nötigen Darlehen zu erzwingen. Um die Unterstützung der Sozialisten für diesen Plan nicht zu verlieren, so wurde der Zinsfuß auf derartige Darlehen von vier auf drei Prozent herabgesetzt. Auch wurde der Plan einer Ausgabe von vier Milliarden Francs von dem anderen getrennt, um für sich selbst behandelt zu werden.

Freitag, der 10. April, wurde von der Kammer zur Besprechung der Finanzvorlage der Regierung angelegt. Unterdessen aber zeigte sich bereits, daß überall Unzufriedenheit mit derselben herrschte. Verschiedene andere Pläne wurden der Finanzkommission unterbreitet. Vor allem wollten sich die Sozialisten, ohne welche die Regierung nicht durchdringen konnte, mit nichts geringem als einer starken und direkten Besteuerung des Kapitals zufrieden geben. Die radikale linke Gruppe, die bisher aufseite der Regierung gestanden hatte, wollte, nebst der großen Banknotenausgabe, sich nur auf eine zwangsweise Anleihe und zwar zum Betrage von 10 Prozent des Kapitals einlassen. Daß alle kapitalistischen Kreise absolut gegen die Vorlage ankämpften würden, ob dieselbe nun direkte Besteuerung oder Zwangsanleihe vorziehen würde, war eine ausgemachte Sache.

Herriot suchte das Unheil immer näher kommen. Schon am Mittwoch schien das Ende seiner Herrlichkeit gekommen zu sein. Wegen einer Kleinigkeit, die mit der finanziellen Krise gar nichts zu tun hatte, wurde im Senate die Opposition so heftig, daß er die Vertrauensfrage zu stellen sich gezwungen sah. Mit der lächerlichen Mehrheit von zwei Stimmen entrannte er noch dem Abgrunde. Er wollte schon die Flinte ins Korn werfen und die Flucht ergreifen, zumal einer seiner gefährlichsten Gegner, der frühere Präsident Millerand, soeben siegreich aus einer Nachwahl hervorgegangen war und in den Senat einzog. Er gab aber den Bitten seiner Kollegen und Anhänger nach und blieb im Amt. Wissend, daß oft eine Gefahr am leichtesten abgewendet werden kann, wenn man ihr unerschrocken entgegentritt, entschloß er sich, am folgenden Tage zum Komitee überzugehen.

Am Donnerstag nachmittags bestand Herriot in der Kammer auf der sofortigen Eröffnung der Besprechung über die Finanzlage. Er drang mit einer Mehrheit von 70 Stimmen durch. Von seinen Anhängern lärmend begrüßt, von der Opposition verhöhnt und ausgepöbelt, begann er bei vollem Hause eine dreißtündige Rede, worin er mit seinen Feinden abzurechnen gedachte. Der Schwerpunkt der heftigen Rede lag darin, daß er jedes Ministerium, das Frankreich seit dem Waffentillstand regiert hat, beschuldigte, eine verheerende Finanzverwaltung geführt zu haben. Offenbar hatte er mit dem Mute der Verzweiflung alles auf eine Karte gesetzt. Er wollte beweisen, daß niemand seiner Regierung die Schuld an dem finanziellen Elende des Landes geben könne, sondern daß dieses die notwendige Folge der Politik der Regierung seit dem Kriege sei. In einer äußerst schwierigen Lage hätte er die Regierung übernommen. Während alle vor ihm das Budget Jahr für Jahr durch große Anleihen zu hohem Zinsfuß immer noch mehr belasteten, ohne an eine wirkliche Abhilfe zu denken, wäre er der erste, der mit einem positiven Plane hervortrete, um Ordnung in den Finanzverhältnissen zu bringen. Am Schlusse der Rede forderte er die Kammer heraus, ihn zu stützen, bevor der Regierungsvorschlag zur Debatte gekommen sei, und die Verantwortung hierfür auf sich zu nehmen. Die Rede machte großen Eindruck und bei einer Abstimmung erhielt er mit 291 gegen

242 Stimmen ein für die Gegner überraschendes Vertrauensvotum.

Ohne Zweifel enthielt Herriots Rede viel Wahres und im großen und ganzen schilderte er seine eigene Stellung und seine Bestrebungen richtig. Zugleich hat er, soweit man aus den höchst mangelhaften Auszügen der Rede urteilen kann, gar manches zu erwähnen unterlassen, das gewiß zur Sache gehört hätte; wahrscheinlich hat er auch manche falsche Auslegung, die mehr für das Ausland bedächtig war, mitunterlaufen lassen. Seine Gegner konnten ihn darob kaum angreifen, da sie alle im Glas haufe sitzen und jeder Stein, den sie wegen derartiger Ungenauigkeiten auf Herriot werfen wollten, nur ihnen selbst geschadet hätte. So scheint z. B. Herriot die wiederholten Willküranleihen mit seiner Silbe erwähnt zu haben, welche Frankreich seinen Vasallen im Osten zur Ausrichtung gegen Deutschland gewährt hat.

Ein Punkt seiner Rede, mit dem er sicherlich den Nagel auf den Kopf getroffen hat und der bei jedem Nichtfranzosen das Gefühl berechtigter Schadenfreude auslösen wird, verdient hervorgehoben zu werden. Alle die ungeheuren Anleihen, die Frankreich aufgenommen, beteuerte Herriot, stützten sich auf die Erwartung, daß Deutschland zahlen werde. "Le boche payera tout" — „der Boche (das ist der französische Spottname für die Deutschen) wird alles bezahlen“; so lautete das Motto eines Clemenceau und eines Poincaré. Dieses Geständnis Herriots ist kostbar und es besteht keine Gefahr, daß ihm wird widersprochen werden. Von der daran geknüpften Bemerkung, daß Deutschland nicht bezahlen habe, daß es erst infolge des Dawes-Planes zu zahlen anfing, braucht man sich nicht beirren zu lassen. Denn die Daten der Geschichte sprechen hierüber eine andere Sprache als Herriot und Poincaré und Briand und andere.

Herriot hätte da z. B. manche Tatsachen aus der Geschichte des Aufbaus der verarmten Gegenden anführen können, etwa über absichtliche und großartige Verschwendung, über falsche und ungetreue Abschätzungen, über Unterschlagungen und Veruntreuungen ufm. usw. und wie all das mit verarmten Völkern ermutigt oder doch geduldet wurde; denn "le boche payera tout". Es wäre für ein Franzosenherz wohlhohler erquickend gewesen, wenn Deutschlands Schätze unerschöpflich gewesen wären. Nach Frankreichs Berechnung sollte das deutsche Reich eine unerschöpfliche Milchkuh sein, deren Kopf im eigenen Lande und deren Euter in Frankreich wäre. Frankreich und seine Alliierten begingen aber schon an ersten Anfänge der Torheit, — um einen sehr gelinden Ausdruck zu gebrauchen — den Weidplatz selbst abzugrazen und unfruchtbar zu machen, indem sie Deutschland nach Möglichkeit ausplünderten und dem Hunger überantworteten. Ungeachtet dessen molken sie darauf los, als ob die Kuh im Uebermaße schwelgte. Als dann nach und nach der Milchfluß aufhörte und statt dessen Blut zu fließen begann, erzürnten sie über die Kuh und traktierten sie mit Schlägen. Unterdessen hatten die Franzosen in der Hoffnung auf die unerschöpflichen deutschen Zahlungen gewirtschaftet wie Wahnsinnige, so daß, wie Herriot in seiner Rede behauptete, die fünf Jahre nach dem Kriege mehr kosteten als die fünf Jahre des Krieges. Was jetzt durch den Dawes-Plan aus dem ausgehungerten Lande noch herausgepreßt werden kann, um unter den vielen

geringen Abnehmern verteilt zu werden, wirkt im Vergleich zu den früheren Berechnungen äußerst wenig für Frankreich ab: es ist wie ein Tropfen Wasser auf heißem Stein. Frankreichs Geschichte wird wieder einmal die Wahrheit des Grundsatzes beweisen, daß auf unredem Gut in Segen ruht.

Um zu Herriot zurückzukehren: das Vertrauensvotum in der Kammer klärte die schwüle Atmosphäre nicht. So entschloß er sich, den Kampf am Freitag in den Senat zu tragen. Doch hier war nicht mehr er selbst der Angreifer. François Marsal, einst Finanzminister unter Poincaré, ward von diesem Voranschicht und erzielte für seine Rede stürmischen Beifall. Die Rede klang in den Worten aus: "Keine Besteuerung des Kapitals, keine neuen Steuern! Geben Sie dem Lande das Vertrauen zurück, welches diese Regierung verloren hat!" Herriot antwortete, er wiederholte die tags vorher in der Kammer gemachten Anschuldigungen und sagte manches Neue hinzu. Aber all seine Worte fielen auf unempfindlichen Boden. Inletz erhob sich Poincaré und gab seinem Gegner den Todesstoß. Der Senat verweigerte das Vertrauensvotum und Herriot zog die Folgerung daraus, indem er abtrat.

Kleinere Nachrichten.

Zu der Wahl vom 26. April, welche der deutschen Republik einen neuen Präsidenten geben wird, wird der Kampf allem Anscheine nach zwischen Dr. Marx, dem Kandidaten der Weimarer Koalition, und Feldmarschall von Hindenburg, dem Kandidaten der nationalistischen Parteien, ausgefochten werden. Dr. Jarres, der im ersten Wahlgange die meisten Stimmen erhielt, wird zugunsten Hindenburgs zurücktreten müssen. Die sogenannte Weimarer Koalition besteht aus Zentrum, Sozialisten und Demokraten. Es ist sehr zu begrüßen, daß Dr. Jarres als Kandidat ausscheidet. Denn, ob durch seine eigene Initiative oder ohne sein Zutun, seine Kandidatur wurde die Veranlassung zu einer gartigen Katholikenscheu, ganz nach den alten Mustern des Evangelischen Bundes. Sollte sich dieses bei der nächsten Wahl wiederholen, wie es bei der verbotenen Weistensverfassung der betreffenden Kreise nicht anders zu erwarten ist, so kann man sicher sein, daß kein Schuld hierfür den alten Feldmarschall trifft. Sowohl im Interesse des deutschen Reiches als auch im Interesse Hindenburgs selbst ist es sehr zu bedauern, daß er sich zur Annahme der Kandidatur bewegen ließ. Neben Madensen ist er ohne Zweifel der größte lebende Feldherr, ein ehrlicher und aufrichtiger Charakter, würdevoll, von allen geachtet und hochgeschätzt zu werden. Aber es ist kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß er auch nur ein mittelmäßiger Staatsmann sei. Man hätte dem Helden, der bereits in seinem 77. Lebensjahre steht, die wohlverdiente Ruhe gönnen sollen, statt ihn in den Strudel des politischen Saders hineinzuwerfen. — Das größte Unglück für Deutschland der Gegenwart ist nicht sein allseitiges Elend, es besteht darin, daß es keinen wahrhaft großen Mann befreit, der es aus demselben herausführen könnte. Dieses Los teilt aber Deutschland — so gering dieser Trost ist — mit allen Ländern der Welt. Die heutige Menschheit ist ein Geschlecht von Epigonen.

Sowjet-Rußland mauert sich. Der Kommunismus hatte den Privatbesitz so gut wie ausgeschaltet, Handel

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Das japanisch-russische Abkommen.

Von Dr. Elias Hurwicz

Die seit etwa drei Jahren zuerst in Naha Tokum dann in Dairen (das frühere Dalni), hierauf in Tokio aufgenommenen und immer wieder ergebnislos abgebrochenen Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und Japan haben jetzt endlich, in Peking, zum Abschluß eines Abkommens geführt, das die zwischen den beiden Staaten jahrelang strittig gemachten Fragen klar und eindeutig regelt. Und eben als das letzte Glied einer langen Verhandlungskette muß dieses Abkommen politisch und diplomatisch auch gewertet werden. Denn der Abstand zwischen den Forderungen, die die Japaner während der früheren Verhandlungen immer wieder aufstellten, und dem Ergebnis des gegenwärtigen Abkommens ist enorm, trotzdem Japan auch jetzt durchaus nicht unglücklich abzuweiden. Wir erinnern aus der Reihe dieser Forderungen nur an die folgenden: Auslösung aller russischen Besitztümer an der pazifischen Küste; Internationalisierung Mandschuriens; freie Fischerei und freie Schifffahrt der Japaner nicht nur an der russischen Küste sondern auch im Gebiete des Amur-Flusses; und — als letztes, aber nicht als unbedeutendstes — Aufhebung der Räumung Nordchinas bis zur vollständigen Befriedigung Japans wegen der im Jahre 1920 an den Japanern in Nikolajewsk am Amur verübten Missetaten.

Daß diese Forderungen einem stolzen Überlegenheitsgefühl auf japanischer Seite entsprangen und den Japanern ein wirtschaftliches und militärisches Übergewicht über die Russen im Fernen Osten verschaffen würden, ist ohne weiteres klar. Freilich, in der japanischen öffentlichen Meinung machten sich seit Jahr und Tag auch verständlichere Betreibungen geltend, die besonders im Hinblick auf die finanzielle Lage, die die jahrelange Okkupation Nordchinas erforderte, die Veranschaulichung der japanischen Truppen von dort verlangten. Allein von der japanischen Regierung wurde diesen Forderungen bisher niemals nachgegeben, die Räumung Sachalins wurde immer wieder hinausgeschoben, in zwischen richtete sogar die Japaner dort eine eigene Verwaltung und Gesellschaft ein, gründeten Geschäfte zur Ausbeutung der Naturerzeugnisse, bauten eine Eisenbahn, die Nord- und Südsachalin miteinander verband, kurz, sie richteten sich dort auf lange Dauer ein.

Im Hinblick auf diese Vorgänge erkennt die im vorigen Vertrag bedingungslos überlassene Räumung Nord Sachalins die im Frühjahr zu erfolgen hat, als ein Erfolg der Sowjetdiplomatie, die sich eben an Beharrlichkeit selbst der japanischen gemacht hat. Was aber die früher von japanischer Seite als Voraussetzung für die Räumung geforderte Satisfaktion wegen Nikolajewsk anbelangt, so hat man bisher nur vernommen, daß Verhandlungen der Sowjetdiplomatie in Peking, Japan „keine aufrichtiger Bedauern“ über das Resultat ausgesprochen habe. Auch sein allzu teurer Preis.

Auf der anderen Seite freilich erhält Japan von der Sowjetregierung, die nunmehr von Japan anerkannt wurde, bedeutende Konzessionen für Ausbeutung der großen Naturerzeugnisse Nord Sachalins, als da sind vor allem Naphthafelder und Steinkohlenvorkommen. Und hierer japanische Gewinn verleiht dem ganzen Abkommen, neben dem offensichtlichen

Vorteil für die japanische Industrie, auch eine militärisch politische Bedeutung. Denn der Nutzen, den die japanische Kriegsindustrie und damit die Machtstellung Japans im Fernen Osten aus dieser Vertragsbestimmung ziehen kann und sicher auch ziehen wird, ist klar. Damit hängt aber die Frage der Wächtergruppierung im Fernen Osten aufs engste zusammen.

Zur Stunde hatte schon die Nichterneuerung des anglo-japanischen Bündnisses und die Annäherung Englands an die Vereinigten Staaten eine Kluft zwischen Japan und der anglo-sächsischen Welt aufgetan. Das Verbot der japanischen Einwanderung nach den Vereinten Staaten hat diese Kluft noch erweitert. Vielleicht hat diese Konstellation auch den Ausschlag beim Abschluß des gegenwärtigen russo-japanischen Abkommens gegeben. Daß dieses Abkommen nun aber zu einer politischen Annäherung zwischen Japan und Sowjetrußland führen wird, ist eine naheliegende Annahme. Entscheidend ist in der Tat die Einmütigkeit, mit der nicht nur in der englischen, sondern auch in der französischen Presse die Vermutung ausgesprochen wird, daß das Abkommen auch Bestimmungen über ein Bündnis zwischen Japan und Rußland enthält, die zurzeit noch geheim gehalten werden. So viel scheint schon jetzt festzustellen, daß Sowjetrußland Japan im Falle eines Krieges dieses letzteren mit einer dritten Welt keine Neutralität zugesichert hat. Wer diese dritte Welt ist, dürfte ohne weiteres klar sein. Die Ausrichtung der amerikanischen Schiffschiffe wird schon jetzt auf das gespannte Verhältnis mit Japan zurückgeführt. Was aber die russische Neutralität im Falle eines Krieges zwischen Japan und den Vereinten Staaten bedeutet, darüber beherrscht uns das unglückselige Wort eines russischen Admirals, Publow und Golomin: „Das Problem im neunzehnten Jahrhundert“, das die Chancen der Japaner bei einem solchen Zerwürf als sehr günstig bezeichnet und das bei seiner Veröffentlichung in englischer Sprache in den Vereinten Staaten selbst großes Aufsehen erregte.

Die politische Orientierung Japans hat aber noch eine andere Seite. Sie bedeutet wohl auch die Verfestigung der Stellung „Amen für die Asiaten“. Die jüngste Geschichte des Panislamismus hat gezeigt, wie wichtig für die rartige Bewegung das Vorhandensein irgend einer starken europäischen Macht, an die sich dann die anderen Staaten anschließen, ist. Diese Rolle möchten wohl manche Asiaten, deren Politik auf das Verhalten der gesamten mohammedanischen Welt und selber Japans von großem Einfluß war und ist. Darum eben ging und geht anderwärts die Politik Englands in Asien überall auf die Verfestigung der Stellung solcher Zentren aus, wie z. B. neuerdings Englands Verhalten zu den Bahabiten im Zusammenhang mit der Kalifenfrage bemerkt.

Das innere Leben Japans leidet derzeit allerdings an manchen Krankheiten, vor allem an wirtschaftlicher Strömung und an politischer Unzufriedenheit. Allein in England weiß man es: ob ein starkes Japan als parlamentarisch konstitutionelle Monarchie oder ein bolschewistisches Japan, für den Panislamismus läuft es auf dasselbe hinaus. Im übrigen macht die japanische Regierung heroische An-

(Fortsetzung auf Seite 4.)